

# "Wie kann man nur Rumäne sein!" : Multikulturalismus und Interkulturalität in Südosteuropa

Autor(en): **Rüegg, François / Bäschlin, Elisabeth**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Berner Geographische Mitteilungen : Mitteilungen der  
Geographischen Gesellschaft Bern und Jahresbericht des  
Geographischen Institutes der Universität Bern**

Band (Jahr): - **(2007)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-322770>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Einführung von Kolonisten aus Österreich und Deutschland, die Einführung von Schulen, Hygiene usw. Im österreichischen (ungarischen) Reich, und damit auch in Siebenbürgen, wurde nur den so genannten historischen Nationen ein Bürgerrecht und somit politische Rechte zugestanden, den Magyaren, Szeklern und Deutschen. Dagegen hatten Wallachen (Rumänen), Juden, Zigeuner und andere Volksgruppen in Siebenbürgen einen niedrigen Status, wurden gleichsam „toleriert“, hatten aber nichts zu sagen, obschon sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Trotz der klaren Ungleichheit zwischen den Völkern, konnte aber nicht eigentlich von einer ethnischen Diskriminierung gesprochen werden. Die Gesellschaft wurde nicht nur nach ethnischen, sondern nach rechtlichen Kriterien in Adel und Bauern aufgeteilt. So waren zwar Zigeuner und ein Grossteil der Wallachen Bauern, oft Leibeigene, der Adel hingegen umfasste nicht nur „Deutsche“ (im weiteren Sinn), sondern auch Ungaren, Tschechen, Polen usw. In Siebenbürgen war ein Adeliger meist ein Ungar, konnte aber auch ein Rumäne sein, ein „Grieche“ (=Orthodoxer) konnte auch ein Rumäne, ein Serbe oder ein Bulgar ein. Man könnte also von verschwommenen Identitäten sprechen.

Die Ethnisierung, und damit das Problem der Ethnizität, begann erst mit dem 19. Jahrhundert mit dem Aufkommen von Nationen. Nationen, die sich befreien wollen, beanspruchen ein homogenes Territorium und sind intolerant gegenüber ehemaligen „Mitbürgern anderer Ethnien“. In Südosteuropa führte die Gründung von Staatsnationen nach westlichem Modell bald zu innerethnischen Problemen. In Siebenbürgen führte dies nach dem Ersten Weltkrieg, als Rumänien zum ersten Mal ein grosser Staat war, zu Intoleranz gegenüber den Magyaren, der vormals bevorzugten Volksgruppe. Deutsche und Magyaren hingegen hatten Mühe damit, sich nun als „rumänische Bürger“ verstehen zu müssen.

Heute suchen die Rumänen neue interkulturelle Modelle, speziell um eine Integration der Roma zu verwirklichen. Die Roma, ursprünglich ein Nomadenvolk mit unstrittener Herkunft, haben nie ein eigenes Territorium besessen, sind aber seit Jahrhunderten u.a. in Rumänien anwesend: Die grosse Mehrheit der Roma ist heute sesshaft. Nach Ansicht des Referenten stellt sich das aktuelle Problem der Roma in Rumänien zuerst einmal als soziales, nicht als ethnisches Problem: viele Romas sind arm und müssen als solche eingebunden werden.

Elisabeth Bäschlin

## **„Migrationspartnerschaften“ Ein neues Konzept der internationalen Migrationspolitik und seine Umsetzung am Beispiel des Kosovo**

**Dr. Alfred Fritschi, Programmbeauftragter Kosovo,  
DEZA, Bern  
15. Januar 2008**

**Migration in ihren vielschichtigen Facetten ist heute eine der zentralen globalen Herausforderungen. Die Schweiz hat sich international für die Erarbeitung des neuen Konzeptes von Migrationspartnerschaften engagiert und den Begriff auch in das neue Ausländergesetz aufgenommen. Die konkrete Ausgestaltung von bilateralen Migrationspartnerschaften als Instrument zur zwischenstaatlichen Steuerung von Migration steht jedoch erst in den Anfängen. Im Kern geht es darum, dass über Dialog und Verhandlungen positive Seiten der Migration gefördert und negative Seiten eingedämmt werden sollen. In der Bundesverwaltung laufen derzeit interdepartementale Vorbereitungen für Piloterfahrungen mit dem neuen Konzept.**

Der Referent situiert einleitend die Schweizer Migrationspolitik im Spannungsfeld zwischen Sicherheit, Solidarität und wirtschaftlichen Interessen. Früher ist die Migrationspolitik vor allem von einer innenpolitischen Sicht geprägt gewesen, aber heute stösst eine „nationale Migrationspolitik“ angesichts der vielfältigen globalen Migrationsbewegungen an ihre Grenzen. Als Beispiel führte Alfred Fritschi die Schwierigkeiten an, welche sich bei der Rückübernahme mit Staaten ergäben, die selber eigentlich an Emigration interessiert sind. Das am 24.9.06 gutgeheißene neue Schweizer Ausländergesetz AUG gibt nun dem Bundesrat die Möglichkeit, bilaterale und multilaterale Vereinbarungen abzuschliessen, um die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Migrationsbereich zu intensivieren und die illegale Migration und deren negative Folgen zu mindern.

Die Ursachen von Migration liegt einmal in der ungleichen globalen Entwicklung, welche bei vielen Menschen eine Suche nach Wohlstand auslöst, dann in den demographischen Dynamiken (89% Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung in Europa 1990-2000), und schlussendlich in der unbefriedigenden Gouvernanz in vielen Ländern, wodurch Menschenrechte nicht respektiert und individuelle Freiheiten eingeschränkt werden. Der Referent beschreibt, wie die UNO, die Weltbank und die EU auf die Trends des 21. Jahrhunderts reagieren: Die Verdoppelung der internationalen Migration in den letzten 25 Jahren (auf 200 Millionen 2005), das Anwachsen der Anzahl Herkunfts-, Transit- und Zielländer, sowie die zunehmende Differenzierung von Migrationsmustern. Die EU-Migrationspolitik z.B. bekennt sich expli-